

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31

politisches

# Kalenderblatt

Pressediens für zeitgeschichtliche Jahrestage

März 94

04.03.1991 Vor 3 Jahren: Moskau ratifiziert "2+4"

05.03.1969 Vor 25 Jahren: Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt

08.03.1991 Vor 3 Jahren: "Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost"

13.03.1989 Vor 5 Jahren: Protest-Demo in Leipzig

15.03.1984 Vor 10 Jahren: "Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage"

23.03.1949 Vor 45 Jahren: Adenauer kritisiert die Westmächte

25.03.1991 Vor 3 Jahren: EG-Finanzspritze für die neuen Länder

28.03.1991 Vor 3 Jahren: Letzte Rate für den Golfkrieg

31.03.1991 Vor 3 Jahren: Das Ende des Warschauer Pakts

## Moskau ratifiziert „2+4“

Am 4. März 1991 - heute vor drei Jahren - billigt in Moskau der Oberste Sowjet der Sowjetunion zu abendlicher Stunde und in nichtöffentlicher Sitzung ein Paket deutsch-sowjetischer Verträge und Abkommen. Am wichtigsten ist der "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland" - also das sog. "Zwei-plus-Vier"-Abkommen, in dem die Beendigung der Besatzungsrechte und der Teilung Deutschlands sowie die Wiederherstellung der vollen Souveränität des vereinten Deutschlands völkerrechtlich verbindlich geregelt worden sind. Die Sowjetunion ist damit die letzte der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die den Vertrag über die deutsche Einheit ratifiziert.

Nach den Eröffnungsreden am Morgen wird die Öffentlichkeit von der Sitzung des Obersten Sowjets ausgeschlossen; die eigentliche Debatte findet mithin hinter verschlossenen Türen statt. Noch an den Vortagen ist das Abkommen von orthodox-kommunistischen Abgeordneten und von Angehörigen der Roten Armee heftig kritisiert worden. Der Ausschluß der Öffentlichkeit von den Beratungen zielt offensichtlich darauf ab, die erwarteten Auseinandersetzungen nicht nach außen dringen zu lassen. Auch nach Abschluß der Debatte ist ein genaues Ergebnis der Abstimmung im Obersten Sowjet nicht in Erfahrung zu bringen; "die weitaus meisten" Abgeordneten hätten zugestimmt, heißt es lediglich. - Elf Tage später, am 15. März 1991, überreicht der sowjetische Botschafter in Bonn, Terechow, Außenminister Hans-Dietrich Genscher die Ratifizierungsurkunde; mit der Hinterlegung dieses Dokuments bei der deutschen Regierung tritt der "Zwei-plus-vier"-Vertrag in Kraft. Bereits mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 haben die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ihre Hoheitsrechte ausgesetzt; jetzt sind sie erloschen.

Bundeskanzler Helmut Kohl weiß, warum er das Votum des Obersten Sowjets als einen "guten und entscheidenden Tag für die deutsch-sowjetischen Beziehungen" bezeichnet. Trotz aller Schwierigkeiten daheim hat Gorbatschow Wort gehalten und die mit Kohl im Juli 1990 im Kaukasus getroffenen Vereinbarungen erfüllt. Zugleich belegen die nun in Moskau von Kritikern der deutsch-sowjetischen Verständigung erhobenen Vorwürfe und Bedenken, wie berechtigt die rasche Gangart der Bundesregierung beim Vereinigungsprozeß gewesen ist. Denn nicht nur die Widerstände im Obersten Sowjet, sondern auch die zunehmenden politischen Unruhen in Gorbatschows zerfallendem Reich machen überdeutlich, daß die deutsche Einheit auf immer mehr und immer größere Hindernisse gestoßen wäre, wenn Kohl die Chance zu ihrer Verwirklichung nicht entschlossen ergriffen hätte. - Nur fünf Monate nach der Ratifizierung von "Zwei-plus-vier" wird in Moskau geputzt; und noch vor dem Jahresende 1991 befindet sich die Sowjetunion in voller Auflösung.

## Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten gewählt

**A**m 5. März 1969 - heute vor 25 Jahren - tritt in Berlin die Bundesversammlung zusammen, um das neue Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland zu wählen. Die Sitzung wird überschattet von massiven Störmanövern der DDR auf den Zufahrtsstraßen nach Berlin; mit Billigung Moskaus artikulieren die SED-Machthaber auf diese Weise ihren Zorn über die Wahl des Tagungsorts.

Noch aufregender geht es indes im Innern der Berliner Ostpreußenhalle zu. Bis zuletzt bleibt die Entscheidung zwischen den beiden Kandidaten - Justizminister Gustav Heinemann (SPD) und Innenminister Gerhard Schröder (CDU) - offen. Der Wahl sind monatelange parteipolitische Manöver vorausgegangen. CDU/CSU und SPD, die seit 1966 in Bonn miteinander in einer Großen Koalition regieren, haben zunächst vergeblich versucht, einen gemeinsamen Kandidaten zu finden. Ihre Uneinigkeit spielt der oppositionellen FDP wie von selbst die Rolle des Züngleins an der Waage zu. Aber die FDP ist bis zuletzt nicht einig über ihren Kurs; im Hintergrund der Bundespräsidentenwahl steht bereits die noch viel wichtigere Frage, wie sich die FDP nach der Bundestagswahl im Oktober 1969 entscheiden soll. Noch am Vorabend der Bundesversammlung tobt über viele Stunden hinweg der parteiinterne Kampf zwischen den Anhängern einer "bürgerlichen" Koalition und den Verfechtern eines Bündnisses mit der SPD. Den Ausschlag für ein mehrheitliches Votum zugunsten des Kandidaten Heinemann gibt schließlich die Versicherung der SPD, sich nicht weiter an Plänen in den Reihen der CDU/CSU für die Einführung eines Mehrheitswahlrechts beteiligen zu wollen. Damit scheint vorerst die weitere parlamentarische Existenz der FDP gesichert, und so kann ihr Vorsitzender Walter Scheel am späten Abend des 4. März verkünden, daß sich seine Partei für Heinemann entschieden habe.

Der Wahltag selbst verläuft jedoch zunächst als eine langwierige Zitterpartie, ehe Heinemann schließlich - im dritten Wahlgang - mit 512 gegen 506 Stimmen gewählt ist. Er hat einen bemerkenswerten politischen Weg hinter sich: 1950 als Innenminister Adenauers zurückgetreten, hat er anschließend die CDU verlassen und 1957, nach dem Scheitern seiner Gesamtdeutschen Volkspartei, den Weg zur SPD gefunden.

So knapp das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl am 5. März 1969 auch ist - die Folgen sind um so weitreichender: Was der erfolgreiche Kandidat Heinemann selbst am folgenden Tag in einem Zeitungsinterview "ein Stück Machtwechsel" nennt, wird tatsächlich zum Ausgangspunkt jener Koalition aus SPD und FDP, die nach den Wahlen im Oktober 1969 unter Führung Willy Brandts zustande kommt.

## “Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost”

**A**m 8. März 1991 - heute vor drei Jahren - beschließt die Bundesregierung das “Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost”. Es ist auf zwei Jahre angelegt und umfaßt ein finanzielles Gesamtvolumen von 24 Milliarden DM. Damit werden 1991 und 1992 jeweils 12 Milliarden DM - zusätzlich zu den übrigen Transferleistungen - in den Aufbau der fünf neuen Bundesländer fließen. Schwerpunkte sind die kommunalen Investitionen, die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Wohnungs- und Städtebau, die regionale Wirtschaftsförderung, die Verstärkung der privaten Investitionen, Sofortmaßnahmen im Umweltschutz, im Hochschulbau und bei der Instandsetzung bundeseigener Wohnungen sowie Werfthilfen und umfangreiche Fördermittel für Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Vorausgegangen ist eine erfolgreiche Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder mit dem Bundeskanzler sowie - noch am Vorabend der Verkündung des Programms - ein “Supergipfel” im Bonner Kanzleramt, zu dem sich Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammengefunden haben. Die Arbeitgeber sprechen vom “gigantischsten Ankurbelungsprogramm, daß es je in der Bundesrepublik gegeben hat”, und auch der DGB findet angesichts der Dimension des Milliardenpakets lobende Worte. Bundeskanzler Helmut Kohl äußert die Erwartung, daß Bund und Länder, Kommunen, Tarifparteien, Verbände und alle gesellschaftlichen Gruppen sich ihrer Gesamtverantwortung stellen und durch solidarische Beiträge dem gemeinsamen Aufbauwerk zum Erfolg verhelfen.

Tatsächlich erreichen die finanziellen Anstrengungen des Bundes zugunsten der neuen Länder mit den zusätzlichen Mitteln aus dem “Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost” eine bemerkenswerte Größenordnung: schon im zweiten Halbjahr 1990 - also nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion - sind ca. 35 Milliarden DM nach Ostdeutschland transferiert worden. 1991 werden es insgesamt über 50 Milliarden DM sein. Ein Vergleich mit der Marshallplan-Hilfe der USA für den Wiederaufbau in den westlichen Bundesländern nach dem Zweiten Weltkrieg macht deutlich, worum es geht. Standen ab Ende der 40er über mehrere Jahre verteilt rund 800 DM pro Bürger in den Westzonen zur Verfügung (gerechnet in den Preisen von 1990), so sind es für die achtzehn Monate von Mitte 1990 bis Ende 1991 allein aus Bundesmitteln gut 6.000 DM für jeden Bürger in den neuen Bundesländern. Nimmt man die Leistungen aus dem Fonds “Deutsche Einheit”, der Treuhand, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Länder und Gemeinden hinzu, so ergeben sich für diesen Zeitraum gar Transferzahlungen aus der “alten” Bundesrepublik in Höhe von annähernd 10.000 DM pro Kopf der Bevölkerung in den neuen Ländern.

## Protest-Demo in Leipzig

**A**m 13. März 1989 - heute vor fünf Jahren - demonstrieren in Leipzig etwa 600 DDR-Bewohner für ihre Ausreise in den Westen. Nach dem wöchentlich stattfindenden "Friedensgebet" ziehen die Demonstranten - darunter viele Familien mit Kindern - trotz eines Großaufgebots an Volkspolizei und Staatsicherheit von der Nikolai-Kirche durch die Innenstadt zum Alten Markt. Dabei kommt es teilweise zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der uniformierten und zivilen Staatsmacht. Mit Sprechchören und Rufen wie "Wir haben genug" durchbricht der Zug eine Kette der Sicherheitskräfte; andere Ausreisewillige skandieren Parolen wie "Laßt uns raus", "Wir wollen hier raus" und "Stasi weg". Ein Transparent fordert "Reisefreiheit statt Unrechtsstaat", während Fernsehteams von ARD und ZDF mehrfach handgreiflich behindert werden. Die Protestaktion dauert etwa eine Stunde; in ihrem Verlauf werden eine Reihe von Menschen bei Rangeleien mit der Staatsicherheit festgenommen und abgeführt. In vorab verteilten Informationen erklären die Demonstranten, daß sie "auf die ungelösten gesellschaftlichen Probleme und die latenten Menschenrechtsverletzungen" in der DDR hinweisen und auf "Diskriminierung und Entmündigung von Bürgern sowie die Abdrängung politisch Andersdenkender ins Kriminelle" aufmerksam machen wollen.

Die Bundesregierung und die Bonner Parteien protestieren gegen die Übergriffe auf westliche Journalisten und üben unter Hinweis auf die auch von der DDR verabschiedeten KSZE-Bestimmungen scharfe Kritik am Vorgehen gegen die Demonstranten. Das ist eine Begleitmusik zu der gleichzeitig stattfindenden, traditionellen Leipziger Frühjahrsmesse, die den SED-Machthabern überhaupt nicht ins Konzept paßt. Die Messe steht ohnehin im Zeichen eines innerdeutschen Klimasturzes; denn nach schweren Zwischenfällen an der Berliner Mauer in den Tagen zuvor haben gleich zwei Bonner Minister, nämlich die für Wirtschaft (Helmut Haussmann, FDP) und für Städtebau (Oscar Schneider, CSU), ihren geplanten Leipzig-Trip abgesagt und Honecker einen Korb gegeben.

Natürlich kann kein Mensch in Deutschland zu diesem Zeitpunkt vorhersehen, daß nur sieben Monate später die "Montagsdemonstrationen" zum Ausgangspunkt für den Untergang des Regimes werden. Aber im Rückblick ist überdeutlich, daß das öffentliche Aufbegehren - heute vor fünf Jahren in Leipzig - zu den vielen Vorboten der großen Krise und zu den vielen kleinen tektonischen Beben gehört, die das morsche Bauwerk des realen Sozialismus erschüttern, um schließlich im Zusammenbruch des kommunistischen Systems und im friedlichen Umsturz aller bis dahin in der DDR gültigen Realitäten zu kulminieren.

## “Die Freiheit ist der Kern der deutschen Frage”

**A**m 15. März 1984 - heute vor zehn Jahren - gibt Bundeskanzler Helmut Kohl zum zweiten Mal in seiner erst anderthalbjährigen Amtszeit vor dem Bundestag den Bericht zur “Lage der Nation im geteilten Deutschland” ab. Angesichts der angespannten Ost-West-Beziehungen überrascht es nicht, daß der Kanzler die Bundesrepublik und die DDR “in einer Verantwortungsgemeinschaft für den Frieden und die Sicherheit in Europa” sieht; auch die Forderung, daß sich beide Seiten “um eine Entschärfung der internationalen Lage bemühen” müssen, ist vor dem Hintergrund festgefahrener Abrüstungsbemühungen zwischen Ost und West nur zu verständlich. Kohl würdigt den intensiven Dialog zwischen beiden Staaten in Deutschland und mahnt zu konstruktiver Zusammenarbeit im innerdeutschen Verhältnis. Er lobt die teilweise erfreulichen Fortschritte im Reiseverkehr, begrüßt die zunehmende Zahl der Genehmigungen für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten und fordert weitere Erleichterungen “im Interesse der Menschen”.

Aber was der Kanzler zu den Grundlagen seiner Deutschlandpolitik zu sagen hat, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Dergleichen ist von den vorangegangenen Bonner Regierungen schon seit Jahren nicht mehr zu hören gewesen - und entsprechend schmerzlich klingt es in den Ohren der Ost-Berliner Machthaber: Die deutsche Frage bleibt politisch und rechtlich offen. Bei aller Bereitschaft zum Dialog und zur Zusammenarbeit gibt es in Grundsatzfragen keinerlei Zugeständnisse an die SED. Kohl wörtlich:

“Der nationale Auftrag bleibt gültig und erfüllbar: in einem vereinten Europa in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Unsere wichtigste rechtliche und moralische Position bleibt der Anspruch aller Deutschen auf Freiheit und Selbstbestimmung. Die Einheit der Nation soll und muß sich zuallererst in der Freiheit ihrer Menschen erfüllen . . . Wir finden uns mit der Teilung nicht ab, wir bleiben unseren Landsleuten in der DDR verpflichtet.

. . Auch die Menschen in Mittel- und Osteuropa wollen freie Menschen sein, in Freiheit leben und über ihr Gemeinwesen und ihren politischen Willen selbst bestimmen können. Und darin liegt ja das eigentliche Problem der deutschen und europäischen Teilung: in der Verweigerung von Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen in Mittel- und Osteuropa.”

Im Frühjahr 1984 gibt es im Westen Deutschlands nicht wenige, die solche Sätze - je nachdem - als überflüssig, utopisch oder gar als unnötige Provokation Ost-Berlins und Moskaus ansehen. Niemand ahnt zu dieser Zeit, daß die DDR nur noch fünf Jahre vom Ausbruch der Krise entfernt ist, die sie um ihre Existenz bringen wird. Und heute - nur zehn Jahre danach - sind “Freiheit und Selbstbestimmung für die Menschen in Mittel- und Osteuropa” schon so selbstverständlich, daß viele gar nicht mehr an das denken, was noch vor kurzem bedrückende Realität war.

## Adenauer kritisiert die Westmächte

**A**m 23. März 1949 - heute vor 45 Jahren - rechnet Konrad Adenauer in einer ungewöhnlichen und aufsehenerregenden Rede mit der Politik der Westalliierten ab. Besonders in London ist man empört über das, was der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone vor einer Konferenz der Interparlamentarischen Union in Bern zu sagen hat. Adenauer ist schließlich nicht irgendwer, sondern immerhin ja auch Präsident des Parlamentarischen Rats, der zu dieser Zeit in Bonn über das künftige Grundgesetz berät.

Adenauer unterzieht das gesamte Besatzungsregime seit 1945 einer kritischen Betrachtung und wirft insbesondere die Frage auf, warum die Westalliierten den Deutschen nicht schon längst selbst "die Ordnung ihrer Verhältnisse und den Neubau ihres Staatswesens überlassen und sich auf die Kontrolle beschränkt hätten". Er geißelt die jahrelange Zwangswirtschaft - "bis zu den Hosenknöpfen hinab" - , lobt Erhards Währungsreform und dessen Soziale Marktwirtschaft und wendet sich dann frontal gegen einige Aspekte der britischen Besatzungspolitik. Vor allem Adenauers Ausführungen über die fortgesetzte Demontage von Industrieanlagen und über die Aneignung deutscher Patente lösen in London einen Sturm der Entrüstung aus; der unausgesprochene Vorwurf, sich aus Handelsrivalität heraus ungerechtfertigte Vorteile auf Kosten der ohnehin schwer geschädigten deutschen Wirtschaft verschaffen zu wollen, trifft bei Politikern und Presseorganen in der britischen Metropole offenbar einen wunden Punkt. Und das Echo in London wird auch nicht dadurch freundlicher, daß Adenauer zugleich die USA lobt und erklärt, der Marshall-Plan "wird immer ein Ruhmesblatt der Vereinigten Staaten von Amerika bleiben". - Nach zwei Wochen legt sich der Pressewirbel. Innenpolitisch bringen Adenauer seine deutlichen Worte überdies vorwiegend Zuspruch und Anerkennung ein - und so kann er leicht verschmerzen, daß ein geplanter Englandbesuch von den Gastgebern kurzfristig wieder abgesagt wird.

Bemerkenswert ist die "Berner Rede" aber noch aus einem anderen Grund. Was Adenauer hier im Frühjahr 1949 zu den deutsch-französischen Beziehungen sagt, enthält nämlich bereits alle Elemente jener weitsichtigen Politik, die 1963 schließlich im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag gipfeln wird. Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland ist für Adenauer die zentrale Frage im Hinblick auf die Zukunft Europas; verhält sich der Nachbar "jetzt Deutschland gegenüber klug und großzügig" und ermöglicht den Weg zum wachsenden Zusammenschluß der westeuropäischen Länder, dann kann Europa sich retten und der Bedrohung durch "Sowjetrußland" widerstehen. Die Bürger Frankreichs fordert Adenauer auf, die Verhältnisse ruhig und unvoreingenommen zu prüfen; dann werden sie zu der Überzeugung kommen, "daß Frankreich nach menschlichem Ermessen niemals wieder etwas von Deutschland zu befürchten hat".

## EG-Finanzspritze für die neuen Länder

**A**m 25. März 1991 - heute vor drei Jahren - gibt die EG-Kommission in Brüssel eine Finanzspritze in Höhe von 6,2 Milliarden DM für die neuen Bundesländer bekannt. Mit den Mitteln sollen in den Jahren 1991 bis 1993 vornehmlich Qualifizierungsmaßnahmen gefördert, Beihilfen zur Einstellung und Existenzgründung ermöglicht sowie Beratungsleistungen finanziert werden. Das Bonner Arbeitsministerium erklärt in einer ersten Stellungnahme, daß insgesamt 4,35 Milliarden DM für regional- und agrarpolitische Maßnahmen und 1,85 Milliarden DM für arbeitsmarkt- und berufspolitische Maßnahmen vorgesehen sind. Allein im ersten Jahr bedeutet das für etwa 100.000 Bürger in den neuen Ländern konkrete Förder- und Unterstützungsleistungen. Tatsächlich fließen dank verkürzter Bearbeitungs- und Entscheidungsfristen aus dem Fonds für regionale Entwicklung, dem Sozialfonds und dem Garantiefonds für die Landwirtschaft noch 1991 ca. 2,7 Milliarden DM vornehmlich in die strukturell besonders benachteiligten Problemregionen Ostdeutschlands. Auf diese Weise kommt nunmehr - nach der Vereinigung - auch die Bundesrepublik Deutschland in größerem Umfang in den Genuß jener konkreten Hilfen, die die Europäische Gemeinschaft schon seit vielen Jahren im Rahmen ihrer Strukturpolitik für benachteiligte Regionen im Europa der Zwölf zur Verfügung stellt. Denn auch das gehört zu den Fakten: zum Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung stehen die fünf neuen Bundesländer am Ende der Wohlstandsskala in der EG - das Bruttosozialprodukt je Einwohner liegt im Gebiet der ehemaligen DDR noch unter dem Irlands, Griechenlands und Portugals.

Überhaupt haben die Deutschen in Ost und West keinen Anlaß, im Zusammenhang mit ihrer staatlichen Vereinigung über die vielgeschmähten "Brüsseler Bürokraten" Klage zu führen - im Gegenteil: unter der entschlossenen und tatkräftigen Führung ihres Präsidenten Jacques Delors hat die EG-Kommission von Anfang an zielstrebig darauf hingewirkt, daß mit der Einheit Deutschlands zugleich die Aufnahme der ehemaligen DDR in die Europäische Gemeinschaft verwirklicht worden ist. Dazu haben flexible Übergangsregelungen, Sonderkonditionen sowie die Delegation wichtiger Befugnisse an die Bonner Regierung entscheidend beigetragen.

Schon auf dem Gipfel von Dublin Ende April 1990, als längst noch nicht entschieden ist, wann und wie die Einheit kommen wird, hat die EG erklärt: "Wir freuen uns, daß die Vereinigung Deutschlands unter einem europäischen Dach stattfindet." Und daß der 3. Oktober 1990 nicht nur ein nationales, sondern ein europäisches Ereignis ist, kommt schon dadurch sinnfällig zum Ausdruck, daß die Gemeinschaft an diesem Tag mehr als 16 Millionen neue Bürgerinnen und Bürger begrüßen kann.

## Letzte Rate für den Golfkrieg

Am 28. März 1991 - heute vor drei Jahren - überweist Bonn die letzte Rate des deutschen Finanzierungsbeitrags zum Golfkrieg in Höhe von 1,66 Milliarden Dollar (ca. 2,9 Mrd. DM) an die USA. Finanzminister Theo Waigel ist tags zuvor von Gesprächen mit Präsident George Bush und dessen Außen- und Finanzminister in Washington zurückgekehrt. Dabei hat sich ergeben, daß es bei den ursprünglich vereinbarten deutschen Zahlungen bleibt. Bush hat Waigel ausdrücklich für den deutschen Beitrag zu den Kosten des Golfkriegs gedankt, und der deutsche Finanzminister hat betont, daß die Bundesregierung zu dem steht, was sie zugesagt hat. - Die Gesamtaufwendungen Bonns zugunsten der alliierten Truppen belaufen sich somit auf gut 17 Mrd. DM. Den Löwenanteil erhalten mit ca. 10 Mrd. DM die USA, gefolgt von Großbritannien und Israel, der Türkei, Jordanien und Ägypten; kleinere Beträge entfallen auch auf Frankreich, Italien und die Niederlande.

In Bonn kommt es wegen der Kritik der SPD-Opposition an Waigel zum Streit. Die Bundesregierung befindet sich jedoch in einer schwierigen Lage. Seit Wochen wird sie von Freunden und Verbündeten - offen und verdeckt - kritisiert, weil sie keine Truppen an den Golf entsandt hat. Da hilft auch der Hinweis auf das deutsche Grundgesetz nur begrenzt weiter; die Partner erwarten vielmehr nach ihrer Unterstützung für die deutsche Einheit, daß Bonn endlich verfassungspolitische Konsequenzen zieht und seine angeblich "bequeme Zuschauerrolle" aufgibt: denn während die alliierten Soldaten im Auftrag der UNO am Golf ihr Leben riskieren, wird aus der Bundesrepublik vor allem über große Friedensdemonstrationen berichtet. - Und es kommt noch etwas hinzu: Bonn hat im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands gewaltige Summen für die Unterstützung der Reformprozesse in der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa sowie für den Abtransport der sowjetischen Truppen vom Gebiet der ehemaligen DDR zur Verfügung gestellt. Angesichts dieser bemerkenswerten Aufwendungen zugunsten der Gegner von gestern fragen die alten Freunde der Deutschen natürlich, was denn sie in einem Ausnahmefall wie dem Golfkrieg von ihrem Bonner Verbündeten zu erwarten haben. Wenn schon keine Truppen, dann doch wohl wenigstens einen finanziellen Beitrag? Und Großzügigkeit gegenüber der Sowjetunion verträgt sich schlecht mit Knauerigkeit gegen langjährige Verbündete . . .

So bleibt unter dem Strich die Erkenntnis, daß sich die Bonner Politik angesichts der gegebenen Umstände noch achtbar aus der Affäre gezogen hat. Von insgesamt deutlich über 90 Milliarden DM für die Kosten des Krieges hat Deutschland gut 17 Mrd. DM übernommen; das ist im Blick auf die Leistungen der übrigen Verbündeten ein akzeptabler Beitrag.

## Das Ende des Warschauer Pakts

**A**m Ostersonntag des Jahres 1991 - es ist der 31. März - hört der Warschauer Pakt auf, als Militärorganisation zu bestehen. Mit der Auflösung des östlichen Militärbündnisses endet nach 36 Jahren auch offiziell die jahrzehntelange Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt, die seit 1955 die politischen Realitäten im gespaltenen Europa bestimmt hat. Von den ursprünglich acht Gründungsmitgliedern sind seit dem Austritt Albaniens (1968) und dem Ausscheiden der DDR (zeitgleich mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990) zuletzt noch sechs Staaten übrig geblieben; und außer der Sowjetunion drängen sie alle - Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien - seit der freiheitlichen Revolution des Jahres 1989 auf die rasche Auflösung des ihnen aufgezwungenen "Freundschafts- und Beistandspakts". Sie alle haben nicht vergessen, welche Rolle die Sowjetunion 1953 in Ost-Berlin, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag sowie in den polnischen Krisen der 50er, 70er und frühen 80er Jahre gespielt hat. Tatsächlich ist der Warschauer Pakt Zeit seines Bestehens vor allem ein Instrument zur Absicherung der sowjetischen Hegemonie über Ost- und Mitteleuropa gewesen. Seit der Vereinigung Deutschlands und dem Wegfall der alten Feindbilder des "Kalten Krieges" war sein Ende deshalb überfällig.

Der letzte Oberkommandierende der Pakttruppen, der sowjetische General Piotr Luschet, äußert zwar pflichtschuldig die Hoffnung auf künftige gute Beziehungen zu den früheren "Satelliten"; aber bei den osteuropäischen Nachbarn löst der Untergang des Militärbündnisses neben Freude und Erleichterung zugleich neue Sorgen aus. Sie fühlen sich in einem sicherheitspolitischen Niemandsland und suchen Anschluß an die NATO. Umgekehrt empfindet die damals noch existierende Sowjetunion ebenso wie das Rußland von heute die Aussicht höchst irritierend, daß sich die Zwangsverbündeten von gestern in die NATO-Mitglieder von morgen verwandeln könnten; in Moskau wurde und wird eine solche Entwicklung als Bedrohung und als Versuch zu einer neuen Spaltung des Kontinents betrachtet.

Der Rückblick auf das historische Ereignis heute vor drei Jahren führt also mitten hinein in die außen- und sicherheitspolitischen Fragen der Gegenwart. Angesichts der Entwicklung in Rußland suchen Polen und Ungarn, Tschechen und Slowaken, aber auch die baltischen Völker nach umfassenden Sicherheiten, wie sie bislang nur für Vollmitglieder der NATO gelten. Die Allianz hat deshalb jüngst das Angebot einer "Partnerschaft für den Frieden" beschlossen. Ihr Ziel: die Schaffung stabiler sicherheitspolitischer Strukturen für die ehemaligen Ostblockländer unter Einbeziehung der KSZE und des bestehenden NATO-Kooperationsrats - ohne auf der anderen Seite Rußland in eine neue Isolation zu treiben und die dortigen Reformbemühungen von außen zu gefährden.